

Leistungsschauexponate im Examen der Praxis

Auf der Angebotsmesse, die der III. Zentralen Leistungsschau der akademischen Jugend der DDR in Rostock-Schutow folgte, haben Hunderte Studenten und junge Wissenschaftler vor rund 800 Experten aus der DDR viele ihrer rund 2400 Exponate verteidigt und zahlreiche Hinweise zur praktischen Nutzenanwendung gegeben.

Sämtliche Vereinigungen volkseigener Betriebe, mehrere Ministerien, aber auch viele Großbetriebe der DDR sowie Institute und Schulen hatten Direktoren bzw. die Leiter ihrer wissenschaftlich-technischen Zentren zu dieser zweitägigen Angebotsmesse entsandt, um die Spitzenleistungen der akademischen Jugend vielseitig nutzen zu können. Gefragt waren dort allerdings nicht nur die Exponate, die der Industrie unmittelbar hohen ökonomischen Nutzen versprechen, sondern auch eine Vielzahl von Arbeiten aus dem Bereich der Gesellschaftswissenschaften. So vereinbarte der Rat des Bezirkes Leipzig mit unserer Universität die gründliche Auswertung von studentischen Arbeiten zu Fragen der Mäherholung, der Jugendpolitik und der Berufseinschulung der Werktätigen.

Zahlreiche Vertreter von Hoch- und Fachschulen bewarben sich um eine Reihe von Ausbildungsgeräten. In der DDR-Hauptstadt wird auf Grund vieler Nach-

fragen ein ständiges Konsultationszentrum für die Entwicklung von Unterrichts- und Lehrmittelgeräten geschaffen.

Nachdem in den 13 Tagen der Leistungsschau rund 40000 Besucher aus 37 Ländern ein anschauliches Bild von den Ergebnissen wissenschaftlich-produktiven Studiums der akademischen Jugend erhalten hatten, empfingen auf der Angebotsmesse die Studenten von zahlreichen Fachexperten aus verschiedenen Industriezweigen neue Anregungen für wissenschaftliche Arbeiten. Mitarbeiter der VVB Taktat empfahlen beispielsweise Magdeburger Studenten von der Technischen Hochschule, die eine Technologie für den Zuschnitt von Stabprofilen entwickelt hatten, dieses Projekt auch auf Blechzuschnitt zu erweitern bzw. umzuarbeiten, damit die ausgezeichneten Ideen der Studenten und jungen Wissenschaftler auch in anderen Industriezweigen genutzt werden können.

Unter den Nutzungsverträgen, die zwischen den Universitäten und interessierten Betrieben schon während der Angebotsmesse abgeschlossen wurden, befand sich eine Vereinbarung, nach der das Steinzeugwerk Krynitz die von den Studenten nachgewiesenen Möglichkeiten der Mechanisierungs- und Automatisierungsprozesse beim Trocknen von Keramikkörpern ausschöpfen will.



Einen Nutzen von 50 Millionen Mark für 1968/69 hat die wissenschaftliche Kollektivarbeit „Informationsverarbeitende Systeme in der Grundwasserhydrologik“, die auf der Rostocker Leistungsschau Aufsehen erregte. An der Sektion Wasserwirtschaft der TU Dresden sind dafür entsprechende Geräte und Verfahren entwickelt worden. Unser Foto zeigt zwei junge Wissenschaftler der Sektion an den Geräten

Foto: ZfB

WESTDEUTSCHLAND

Warnstreik gegen Bildungsnotstand

Gegen Bildungsnotstand in Westdeutschland wandten sich dieser Tage Mitarbeiter und Studenten wissenschaftlicher Institutionen in Düsseldorf, Göttingen, Lüneburg und in bayrischen Universitätsstädten auf Kundgebungen und bei Demonstrationen. In der Pädagogischen Hochschule von Lüneburg beschlossen die Studenten gegen die unzumutbaren Bedingungen, unter denen sie arbeiten müssen, einen mehrtägigen Warnstreik durchzuführen.

SDAJ für Sicherheitskonferenz

Auf ihrer zweiten Landeskonferenz in Düsseldorf wandten sich die 154 Delegierten der SDAJ Nordrhein-Westfalens an alle Jugendverbände, ein demokratisches Bündnis der Arbeiterjugend, Schüler und Studenten gegen den Neonazismus zu schließen und ein demokratisches Jugendkartell in Nordrhein-Westfalen zu gründen. Die Delegierten forderten einstimmig die Bonner Regierung auf, konstruktiv an der Vorbereitung einer europäischen Sicherheitskonferenz mitzuarbeiten und an dieser teilzunehmen. Einstimmig forderten sie auch die Regierung Brandt auf, als ersten Schritt zur Neuordnung der Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten die DDR völkerrechtlich anzuerkennen.

Demokratische Kontrolle gefordert

Die Unterstellung aller Forschungsstätten und Anlagen, die der Herstellung atomarer, bakteriologischer und chemischer Waffen dienen könnten, unter eine demokratische Volkskontrolle und die internationale Kontrolle der Wiener Atomenergiebehörde fordert in der westdeutschen sozialistischen Volkszeitung „Unsere Zeit“ Michael Maerks, Mitglied des Parteivorstandes der DKP, und Physiktudenten in Bonn.

UZ 46/69, Seite 6

Programmunterschiede

Brandt hat in seiner Regierungserklärung eine Menge zur Bildungsreform gesagt. Sehr schöne oder doch zumindest sehr geschickte Worte. Da ist die Rede von Hochschulreife, Strukturreform und Wettbewerbsfähigkeit. Es geht gegen „grundgesetzwidrige Ungleichheit der Chancen“, um „moderne Unterrichtstechnologien“ und um „die methodische Verbesserung des politischen Entscheidungsprozesses“ bei der Schwerpunktsetzung. Gegen keinen der Begriffe ist etwas zu sagen, allenfalls läßt sich registrieren, daß man mittlerweile auch in Bonn offen zugibt, daß Wissenschaft und Bildung nichts Unpolitisches sind. Aber eben an der Stelle reißen der Fäden. Wer von politischen Aus-

gangspunkten für die Bildungsplanung redet, sollte doch auch dazu sprechen, welche Politik (wessen Politik) der Planung zugrunde liegt, welche Politik mit Hilfe der Bildung gefördert wird usw. Hier schweigt des Sängers Höflichkeit, und man sollte die Möglichkeit bedenken, daß das aus gutem Grund so ist.

Hier zeigt sich die Bedeutung einer legalen kommunistischen Partei in Westdeutschland, die nicht zuläßt, daß schöne Worte die entscheidenden Probleme zudecken. Die DKP unterstreicht in einem Entwurf für eine demokratische Erneuerung des Bildungswesens den untrennbaren Zusammenhang zwischen der Reform der Bildungsstruktur und der Umgestaltung der Bildungsinhalte im Sinne einer konsequent demokratischen Erziehung.

Es lohnt sich, wie man sieht, der neuen Regierung mehr auf die Finger denn aufs Maul zu schauen. rom

Anerkennung

Von vielen Seiten wurden wir gefragt, was völkerrechtliche Anerkennung beinhaltet, ob es die von Bonn angebotene „staatsrechtliche Anerkennung“ überhaupt gebe. Wir boten den Völkerrechtler Prof. Dr. jur. habil. Walter Pöggel um Antwort.

Die Anerkennung eines Staates ist gleichmaßen ein politischer wie völkerrechtlicher Akt, der im wesentlichen aus zwei Elementen besteht, nämlich erstens der deklaratorischen und einseitigen Charakter tragenden Anerkennungserklärung eines

Staates, einen neuen bzw. bisher von ihm nicht anerkannten Staat anerkennen zu wollen; sie wird einseitig und bedingungslos ausgesprochen und bedarf keiner ausdrücklichen Annahmeerklärung. Das zweite Element ist konstruktiv: das Angebot zur Aufnahme normaler Beziehungen zwischen der beiden beteiligten Staaten. Dieses Element trägt schon nicht mehr einseitigen Charakter, sondern ist vom beiderseitigen Willen abhängig und führt in der Regel zur Vereinbarung konkreter politischer und völkerrechtlicher Beziehungen zueinander. Die Anerkennung schafft weder einen Staat noch verleiht sie ihm Völkerrechtssubjektivität, jeder Staat ist ipso facto Subjekt des Völkerrechts, unabhängig davon, ob dieser oder jener Staat ihn anerkennt.

Auch jene Staaten, die einen anderen Staat nicht anerkennen, sind verpflichtet, die Völkerrechtssubjektivität des nicht anerkannten Staates zu respektieren und ihm gegenüber die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts anzuwenden. Das Anerkennungsgefasel gewisser imperialistischer Kreise in Westdeutschland scheint mir bisher nur eine raffinierte Variante der Aggressionspolitik gegenüber der DDR zu sein, die offiziell die gleichen Ziele verfolgt, wie sie bisher mit der Nichtanerkennung betrieben wurden. Das beginnt schon damit, daß einige Anerkennungsapostel (z. B. von Schock, W. W. Schütz u. a.) den Begriff einer „staatsrechtlichen Anerkennung“ der DDR einführen, d. h. die Anerkennung im Sinne ihrer Glied-

staatskonzeption verwenden. Der Begriff der staatsrechtlichen Anerkennung der DDR hat doch offensichtlich den Zweck, die DDR als staatsrechtlichen Bestandteil der Bundesrepublik behandeln zu können und sich gleichzeitig als anerkennungswillig auszugeben zu können.

Es ist mir nicht gelungen, in den einschlägigen Standardlehrbüchern bürgerlicher Herkunft den Begriff „staatsrechtliche Anerkennung“ zu entdecken. Das heißt also, daß die politischen und juristischen Advokaten Bonns wieder einmal eine neue Vokabel erfinden und selbstherrlich als geltendes internationales Recht ausgeben. Ihr Pech besteht nur darin, daß auf die Dauer niemand diese „Erfindungen“ als patentwürdig akzeptiert.

WELT

DER WISSENSCHAFT

Eingefrorene Atome

Die Fähigkeit der Elektronen, sich bei sehr niedrigen Temperaturen, d. h. in der Nähe des absoluten Nullpunktes, kurzzeitig mit Neutronen zu verbinden, wurde von zwei Wissenschaftlern der Purdue University in Indiana entdeckt. Die dabei entstehenden Gebilde dürften, da sie negativ geladen sind, am treffendsten als Ionen bezeichnet werden. Die Wissenschaftler berichteten, daß sich langsame Neutronen bei vier Grad Kelvin mit Elektronen verbinden, die durch Gammaabstrahlung in Lithiumfluoridkristallen freigesetzt wurden.

Agroklimatischer Weltatlas

Ein „Agroklimatischer Weltatlas“, dessen Zusammenstellung in Leningrad abgeschlossen wurde, wird das erste Nachschlagewerk über die agronometologischen Ressourcen der Erde sein. Der Atlas wird dazu beitragen, eine Erfassung der Klima- und Bodenbedingungen im Zusammenhang mit einem umfassenden Erfahrungsaustausch über den Anbau landwirtschaftlicher Nutzpflanzen in die Wege zu leiten. Von den Verfassern wurden Daten über Klima, Temperatur und Niederschläge ausgewertet, die in etwa 5000 Beobachtungsstationen der ganzen Welt gewonnen wurden. Die Karten der einzelnen Stationen im Maßstab 1:25 000 000 kennzeichnen die thermischen Verhältnisse und die Feuchtigkeitsbedingungen.

Schaubilder und Tabellen enthalten Angaben über die jahreszeitlich bedingten Veränderungen der Temperatur und der Niederschläge auf der ganzen Welt als Durchschnittswerte für die letzten 50 Jahre. Der Atlas wird 1970 erscheinen.

Mikroelemente und Allergie

Eine Vergrößerung des Nickel- und Bleigehaltes im Blut beeinflusst die Entwicklung der allergischen Leiden, vermutet der moldauische Wissenschaftler Michael Sagurskij. Obwohl noch nicht bekannt sei, auf welchem Wege sich die Zunahme dieser Mikroelemente im Organismus vollzieht, sei nicht zu bestreiten, daß deren Gehalt im Blut in direkter Beziehung zur Entwicklung des Bronchialasthmas stehe, erklärte Prof. Sagurskij auf einer Ärztekongress in Kischinow. Der sowjetische Mediziner hat die Resultate seiner Untersuchungen auf diesem Gebiet bereits in Havanna auf einem Symposium von Hals-, Nasen- und Ohrenärzten aus neun Ländern vorgetragen. Er untersucht das Blut von asthmakranken Patienten mit Hilfe chemischer Spektroverfahren auf den Gehalt an Mikroelementen. Seiner Ansicht nach könnte ein Ausgleich dieses Gehalts dazu beitragen, allergische Erkrankungen wirksam zu bekämpfen.

Atlas für Radionuklide

Prof. A. S. Simon, Leiter der Abteilung Radiologie der Universität Brüssel, ist von der Kuratom mit der Ausarbeitung eines medizinischen Radionuklid-Atlases beauftragt worden. Gegenstand des Werkes, das speziell für Mediziner und Strahlenschutzfachleute gedacht ist, sind die in Medizin, Biologie und Industrie verwendeten Radionuklide. Der Atlas soll das gesamte heutige Wissen über diese radioaktiven Hilfsmittel in praktischer und handlicher Form darbieten.



Erfolge der Sowjetwissenschaft

Neue

Wissenschaftszentren

Die neuen Zentren der Wissenschaft, die in einzelnen Wirtschaftsgebieten der russischen Föderation entstehen, werden eine gewichtige Rolle für die weitere Erforschung und Entwicklung der Produktivkräfte des Urals, Sibiriens, des Fernen Ostens, des Nordkaukasus und anderer wichtiger Wirtschaftsbezirke der Föderation spielen.

Es gibt praktisch keine „perspektivlosen“ Gebiete mehr, die nicht mit Hilfe der modernen Wissenschaft und Technik erschlossen werden. Davon zeugt die stürmische Entwicklung der Nordgebiete sowie West- und Ostsibiriens, an der die Wissenschaft mit ihren großen Zentren und Institutionen in Irkutsk, Krasnojarsk, Wladiwostok und mehreren anderen Städten maßgeblich beteiligt ist. Bereits im laufenden Fünfjahresplan wird die Akademie der Wissenschaften Forschungszentren im Ural und im Fernen Osten errichten. Später sollen wissenschaftliche Zentren im nordwestlichen Wirtschaftsgebiet und an der Wolga entstehen. Ein Hochschulschwerpunkt wird im Nordkaukasus gebildet. Alle diese Zentren werden verschiedene Wissenschaftszweige umfassen, die Grundlagenforschung in den Natur- und Gesellschaftswissenschaften fördern und wirtschaftswissenschaftliche Probleme bearbeiten.

Atmungsautomat entwickelt

Einen einzigartigen Apparat für künstliche Atmung haben Wissen-

schaftler in Moskau geschaffen. Der Apparat atmet „für den Patienten“, wenn seine Atmung aussetzt. Dabei arbeitet dann der Apparat im gleichen Rhythmus mit dem Patienten.

Mit Hilfe dieses Apparates kann man einen beliebigen Rhythmus der Atmung einstellen und ihn ständig korrigieren. Diese Fähigkeit hat keine der bisher bekannten Anlagen dieser Art aufzuweisen. Unter anderem läßt sich der maximale Druck und der Luftverbrauch beim Einströmen, und somit auch die Dauer des Atmungsvorganges regeln. Auch der Grad der Luftverdünnung in den Lungen beim Ausatmen kann reguliert werden.

Bei klinischen Tests wurden unter Zuhilfenahme des neuen Apparates bereits mehrere hundert Operationen vorgenommen.

Meereswasser wird entsalzt

Eine Wasserentsalzungsanlage, die mit Sonnenkraft betrieben wird, ist von Mitarbeitern des physikalisch-technischen Instituts entwickelt worden. Sie besteht aus einem Sonnenkraftwerk, das den Strom für den Antrieb der Grundwasserpumpen erzeugt, sowie 600 Quadratmeter mit Glas abgedeckter Wannen. Das Wasser, das hier pro Liter 30 Gramm Salz enthält, verdunstet infolge der Sonnenstrahlung, kondensiert an den Glasscheiben und dient dann Bewässerungszwecken.

Der fertiggestellte erste Abschnitt der Anlage hat bereits hundert Kubikmeter Wasser geliefert. Die gesamte Anlage wird später täglich zwölf Tonnen destilliertes Wasser erzeugen.

Konkrete ‚Konkret‘-Frage Zitiert

Die neue Regierung beginnt mit der Arbeit. Wir beginnen mit der Opposition. Mit der Opposition von links. Im Bundestag, in den Massenmedien, auf dem flachen Land wird es künftig nur noch eine Opposition von rechts geben. Sie wird versuchen, einen Druck auf die Regierung auszuüben, einen massiven Druck in die falsche Richtung. Wir, die Linken, müssen einen Druck von links dagegensetzen... Grass grinst, Augstein gratuliert, Zeit und Frankfurter Rundschau strahlen Wohlwollen über alle Seiten aus. Die Bärse ist fest. Das sollte uns zu denken geben. - Was hat sich geändert? Eine Änderung zum Schlimmeren ist uns erspart geblieben, um die Breite von 12 Mandaten. Sonst hat sich noch nichts ergeben. Strauß, der die Studenten wie Tiere behandeln wollte, ist gestürzt, nicht zuletzt infolge dieses Zitats. Der Vorsitzende des Industrieverbandes Berg, der meinte, es hätte ruhig mal ein streikender Arbeiter erschossen werden können, amtiert, Schröder und Kiesinger konnten wir abwählen, Flick und Siemens nicht. Es wurde nicht unserer Entscheidung überlassen, Springer abzuwählen. Springer beherrscht weiter die Massenmedien und der CDU-Intendant Bismark den größten deutschen Sender, den WDR. Die Kirche und die NPD bleiben im Dort.

Zitiert aus „konkret“ Nr. 23 vom 30. Oktober 1969

UZ-Antwort

Anerkennung

Von vielen Seiten wurden wir gefragt, was völkerrechtliche Anerkennung beinhaltet, ob es die von Bonn angebotene „staatsrechtliche Anerkennung“ überhaupt gebe. Wir boten den Völkerrechtler Prof. Dr. jur. habil. Walter Pöggel um Antwort.

Die Anerkennung eines Staates ist gleichmaßen ein politischer wie völkerrechtlicher Akt, der im wesentlichen aus zwei Elementen besteht, nämlich erstens der deklaratorischen und einseitigen Charakter tragenden Anerkennungserklärung eines

Staates, einen neuen bzw. bisher von ihm nicht anerkannten Staat anerkennen zu wollen; sie wird einseitig und bedingungslos ausgesprochen und bedarf keiner ausdrücklichen Annahmeerklärung. Das zweite Element ist konstruktiv: das Angebot zur Aufnahme normaler Beziehungen zwischen der beiden beteiligten Staaten. Dieses Element trägt schon nicht mehr einseitigen Charakter, sondern ist vom beiderseitigen Willen abhängig und führt in der Regel zur Vereinbarung konkreter politischer und völkerrechtlicher Beziehungen zueinander. Die Anerkennung schafft weder einen Staat noch verleiht sie ihm Völkerrechtssubjektivität, jeder Staat ist ipso facto Subjekt des Völkerrechts, unabhängig davon, ob dieser oder jener Staat ihn anerkennt.

Auch jene Staaten, die einen anderen Staat nicht anerkennen, sind verpflichtet, die Völkerrechtssubjektivität des nicht anerkannten Staates zu respektieren und ihm gegenüber die allgemein anerkannten Normen des Völkerrechts anzuwenden. Das Anerkennungsgefasel gewisser imperialistischer Kreise in Westdeutschland scheint mir bisher nur eine raffinierte Variante der Aggressionspolitik gegenüber der DDR zu sein, die offiziell die gleichen Ziele verfolgt, wie sie bisher mit der Nichtanerkennung betrieben wurden. Das beginnt schon damit, daß einige Anerkennungsapostel (z. B. von Schock, W. W. Schütz u. a.) den Begriff einer „staatsrechtlichen Anerkennung“ der DDR einführen, d. h. die Anerkennung im Sinne ihrer Glied-

staatskonzeption verwenden. Der Begriff der staatsrechtlichen Anerkennung der DDR hat doch offensichtlich den Zweck, die DDR als staatsrechtlichen Bestandteil der Bundesrepublik behandeln zu können und sich gleichzeitig als anerkennungswillig auszugeben zu können.

Es ist mir nicht gelungen, in den einschlägigen Standardlehrbüchern bürgerlicher Herkunft den Begriff „staatsrechtliche Anerkennung“ zu entdecken. Das heißt also, daß die politischen und juristischen Advokaten Bonns wieder einmal eine neue Vokabel erfinden und selbstherrlich als geltendes internationales Recht ausgeben. Ihr Pech besteht nur darin, daß auf die Dauer niemand diese „Erfindungen“ als patentwürdig akzeptiert.